

with Examples from Various Periods from Han to Early 20th Century; Dagmar Schäfer (Institut für Sinologie der Universität Würzburg): *On the Representation of the Hand in Tiangong kaiwu Illustrations*; Ingo Nentwig (Kustos Ostasien am Museum für Völkerkunde zu Leipzig): *The Lady's Handbag and the Free Hand: Karl Weule (1864-1926) and his Researches on Everyday Technologies*.

Kurze Zusammenfassungen der Beiträge finden sich unter: [www.tu-berlin.de/~alltag-china](http://www.tu-berlin.de/~alltag-china), Veranstaltungen.

In einer Abschlussdiskussion mit dem Titel *The Hand in Everyday Technologies: A Starting Point towards a Systematics of Everyday Technologies, a Tool for Comparative Research* wurde eine erste Bilanz der Konferenz gezogen. Alle Teilnehmer waren sich einig, dass eine Fortführung der Konferenzreihe in Hinblick auf eine Systematik der Alltagstechniken ausgesprochen wünschenswert ist und dass der nächste Schritt die Beschäftigung mit der Hand im Kontext sein wird. Daher wird die nächste Konferenz, voraussichtlich im Juni/Juli 2004 in Berlin, den Titel *The Body at Work: Tools, Materials and Methods* tragen.

Die zweite Tagung des Euro-Asian Network for the Study of Everyday Technologies wurde finanziell großzügig von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert und von der Arbeitsgruppe "Alltagstechniken Chinas", einem VW-Projekt an der TU Berlin (Leitung: Mareile Flitsch, s. [www.tu-berlin.de/~alltag-china](http://www.tu-berlin.de/~alltag-china)) durchgeführt. Als Veranstaltungsort erwies sich das Wannsee Forum in Berlin als ideale Tagungsstätte.

Mareile Flitsch

## "Möglichkeiten und Grenzen europäischer Politik in Asien"

### Wissenschaftliche Tagung der DGA

Berlin, 22.-23. Mai 2003

Wie in den vorangegangenen Jahren stellte sich auch im Jahr 2003 das Japanisch-Deutsche Zentrum Berlin (JDZB) als Gastgeber für die wissenschaftliche Tagung der Deutschen Gesellschaft für Asienkunde e.V. (DGA) dankenswerterweise zur Verfügung. Darüber hinaus gelang es erstmals, das Auswärtige Amt (AA) als Gastgeber für die Mitgliederversammlung sowie die Deutsche Bank für die sich anschließende Eröffnungsveranstaltung der Tagung zu gewinnen. Doch damit nicht genug der Neuerungen. So war Bundesaußenminister Joschka Fischer als Redner zum Thema "Erfordernisse und Grenzen deutscher und europäischer Politik in Asien" vorgesehen – ein Erfolg, der sicher nicht unwesentlich zu dem außergewöhnlichem Interesse beitrug, auf das die diesjährige Tagung stieß. Aller Mühen der Organisatoren zum Trotz konnte der Bundesaußenminister aufgrund dringender terminlicher Verpflichtungen die angekündigte Grundsatzrede letztendlich doch nicht selbst halten, weswegen er sich durch den Staatssekretär im AA, Jürgen Chrobog, vertreten ließ. Eröffnet wurde der Abend durch Jürgen Fitschen (Vorstand der Deutschen Bank), der die anwesenden Gäste im Namen der Deutschen Bank herzlich willkommen hieß. Ihm folgte der ehemalige DGA-Vorsitzende Hans-Ulrich Klose (MdB, Stv. Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses), der sich im Namen seines kurz zuvor gewählten Nachfolgers Dr. Theo Sommer (Editor-at-Large, *DIE*

ZEIT), welcher ebenfalls verhindert war, herzlich für die freundliche Aufnahme durch die Deutsche Bank bedankte.

Staatssekretär Chrobog sprach Klose zu Beginn seiner Rede im Namen der Bundesregierung seinen Dank für die zweijährige Arbeit als Vorsitzender der DGA aus und beglückwünschte die Gesellschaft zugleich zur Wahl ihres neuen Vorsitzenden. Sehr erfreut zeigte sich Chrobog zudem über den Entschluss der DGA, ihre Tagung in der Hauptstadt auszurichten, das mit seinen Museen und Hochschuleinrichtungen ein asienpolitisches Kompetenzzentrum darstelle. Im Hinblick auf die Erfordernisse und Grenzen der deutschen und europäischen Asienpolitik wies Chrobog auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft hin, um den zahlreichen politischen Herausforderungen in Asien begegnen zu können.<sup>1</sup>

Am Freitag, den 23. Mai, fand die Veranstaltung im Japanisch-Deutschen Zentrum Berlin statt. Begrüßt wurden die Teilnehmer durch Angelika Viets (JDZB) und Prof. Dr. Sebastian Heilmann (Universität Trier), stellvertretendes Vorstandsmitglied der DGA. Prof. Dr. Jürgen Rüländ (Universität Freiburg), der als Moderator der gänzlich auf Englisch gehaltenen Vorträge und Diskussionen durch den Vormittag führte, wies in seiner Einführung darauf hin, dass die europäische Asienpolitik nicht erst seit der Asienkrise, sondern besonders auch in Zeiten des "war on terrorism" an Bedeutung eingebüßt habe.

PD Dr. Ralf Roloff (Bundeswehr-Hochschule, Hamburg) nutzte seinen Vortrag "Asia and Europe after September 11 and the Iraq War" zur Problematisierung der EU als internationaler Akteurin. Er führte aus, dass die internationalen Beziehungen aktuell durch "alte Machtspiele" und "neue Interdependenzen" gekennzeichnet seien, was den interregionalen Beziehungen der World Triad (Nordamerika, Westeuropa, Ostasien) eine entscheidende Bedeutung zuweise. Roloff vertrat die These, dass in Zeiten des US-Unilateralismus den asiatisch-europäischen Beziehungen die Rolle eines Korrektivs zukomme. Europas Interessen seien dabei vielschichtig: Es gehe darum, den Globalisierungsprozess mitzugestalten, Krisen zu vermeiden und die eigene Position gegenüber den USA zu verstärken. Der ASEM-Prozess (Asia-Europe-Meeting) sei dabei im Rahmen einer "active international ordering policy" zu sehen, zu der auch die aktive Mitarbeit in der WTO, den G7/G8-Prozessen und der neuen "Transatlantic-Agenda" gehöre. Als Antwort auf die verschiedenen Herausforderungen durch die Dialektik der Globalisierung (v.a. Sicherheitsrisiken) sieht Roloff dabei mehrere Perspektiven: Neben der Hoffnung auf die Ergebnisse des Europäischen Konvents, die Europas Rolle in der Welt stärken kann, geht es dabei um eine Verstärkung der interregionalen Zusammenarbeit, z.B. durch Aufnahme Chinas in den G7-Prozess, aber auch darum, eine europäische "common strategy" für Asien zu entwickeln.

In seinem Korreferat betonte Frank Umbach (DGAP, Berlin) die immense Bedeutung des "nuclear umbrella" der USA in der asiatisch-pazifischen Region, besonders in Bezug auf die koreanische Halbinsel, Taiwan und Pakistan. Problematisch sei dabei vor allem das "altmodische" Souveränitätsverständnis der asiatischen Staaten,

<sup>1</sup> Die Rede von StS Jürgen Chrobog findet sich in voller Länge in *ASIEN* 88, S. 5-10.

das einer notwendigen Verstärkung der Sicherheitskooperation im Wege stehe. Als aktuelle Herausforderung asiatischer Sicherheit müsste dabei das Verhältnis zwischen den USA und China (zumindest in asiatischer Wahrnehmung) sowie die Instrumentalisierung des "war on terrorism" angesehen werden. Bei der Lösung dieser Probleme könne aber Track-Two-Diplomatie, Diplomatie unterhalb der offiziellen Ebene, hilfreich sein.

Dr. Wolfgang Pape (Europäische Kommission) stellte in seinem Vortrag die europäische Asienstrategie zur Diskussion. Hierzu erläuterte er die Bedeutung der asiatischen Region anhand der Beispiele Sicherheit, Umwelt und vor allem der Wirtschaft. Die Legitimität der Europäischen Kommission speise sich dabei vor allem aus Europas führender Rolle als "soft power" und Europas Vorreiterstellung in Hinblick auf regionale Integration. Europas Bedeutung in der Welt lasse sich darüber hinaus aus seiner Stärke als größter Handelspartner (größter Exporteur und Importeur, größter Investor und Befürworter von Freihandel der Welt), seinem Rang in den Bereichen von Umweltschutz, Entwicklungshilfe und Menschenrechten sowie in seiner enormen Diversität ableiten. "From Drama to Miracle to Crisis" – so charakterisierte Pape die Entwicklung Asiens, das mit einem Anteil von 25% am Welt-handel, jedoch 66% an den Ärmsten der Welt und seiner ungeheuren Diversität Europa vor eine große Herausforderung stellte. Die neue Asienstrategie der EU, das "Strategic Framework for Enhanced Partnership" von 2001 solle dieser auf verschiedene "omnilaterale" Weisen begegnen und so in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Handel und Investition, Entwicklung, Menschenrechten und Demokratisierung die Kooperation mit Asien voranzubringen.

Dr. Christopher Dent (University of Hull) wählte in seinem Vortrag "The Asia-Europe Meeting (ASEM) and Multilateral Utility" einen normativen Ansatz, um die Möglichkeiten asiatisch-europäischer Kooperation zu erläutern. Als Füllung des "missing link" zwischen den drei stärksten Wirtschaftsregionen der Welt beinhaltet ASEM nach seiner Auffassung die Möglichkeit, den starken US-Einfluss auszubalancieren. Für Dent steht ASEM momentan aber weniger für eine aktive "Multilateral Utility", sondern eher für eine passive "Multilateral Deference", die eher durch Konsistenz und Kompatibilität mit den existierenden Strukturen als durch eine aktive Mitgestaltung und somit Veränderung der Weltordnung gekennzeichnet ist. Das EU-Interesse an dieser "Multilateral Deference" ergibt sich dabei aus ihrer Einbettung in die bestehenden Strukturen. Problematisch seien außerdem die hohen Konsensanforderungen, die die "institutional capacity" behindern, die große Diversität und natürlich die engen Verbindungen der USA mit vielen der ASEM-Akteure. In der Praxis könnte "Multilateral Utility" aber zu multilateraler Gemeinschaftsbildung, durch parallele Beiträge (im Sinne eines "pre-cooking") zur Arbeit internationaler Organisationen und natürlich zum "counterbalancing" des US-Hegomialis-mus beitragen. In zwei Fallstudien zu ASEM+UNO und ASEM+WTO konnte Dent aber zeigen, dass ein solches gemeinsames Handeln der ASEM-Staaten in diesen Organisationen allenfalls in Ansätzen vorhanden ist.

In seinem Korreferat kritisierte PD Dr. Gunter Schubert (Universität Heidelberg) Dents Vortrag als zu idealistisch. Während eine solche Perspektive in "europäischen Ohren" sicherlich gut klänge, dürfte doch das Gewicht der USA in Asien nicht außer

Acht gelassen werden. Schubert prognostizierte ASEM ein Verbleiben auf dem Niveau der "Deference".

Allen Panels folgten lebhafte und z.T. kontrovers geführte Diskussionen, die die Vortragsinhalte aufgriffen und z.T. auch neue Aspekte einbrachten.

Den Abschluss des Vormittags bildete ein Vortrag des Japanischen Botschafters in Berlin, Takashima Yūshū, zum Thema "Japan und Europa – Möglichkeiten zur Zusammenarbeit bei der Außenpolitik in Asien". Ebenso wie StS Jürgen Chrobog nutzte der japanische Botschafter seine Rede dazu, Grundlinien der außenpolitischen Zusammenarbeit zwischen Japan und Europa aufzuzeigen. So versuche Japan seit dem Beginn des 21. Jh., ebenso wie die EU und Deutschland, seine internationale Verantwortung in verstärktem Maße wahrzunehmen. Die gemeinsame Arbeit Japans und der EU im "Peace Implimentation Council" auf dem Balkan stelle hierfür ein wichtigen Beitrag dar und verweise auf Möglichkeiten zur Zusammenarbeit zwischen Japan und der EU im Rahmen des Nordkorea-Konflikts, der für Japan das zurzeit drängendste außenpolitische Problem darstelle. Japan strebe in dem sich seit Oktober 2002 stetig verschärfenden Konflikt eine umfassende politische Lösung an. Diese werde jedoch durch die Tatsache erschwert, dass es sich bei Nordkorea um eine ehemalige Kolonie und die noch letzte offene Frage der japanischen Vergangenheitsbewältigung handele. Auch wenn für das Erreichen dieses Ziels die USA und Südkorea von zentraler Bedeutung seien, komme der EU eine bedeutende Rolle zu. Ein wichtiger Schritt hierfür sei die auf dem 12. Japan-EU-Gipfeltreffen im Mai 2003 in Griechenland von der EU anerkannte Pjöngjang-Deklaration, die Japan und Nordkorea im September 2002 unterzeichneten.

Am Nachmittag folgten zwei Workshops, die leider auf ein sehr ungleichgewichtiges Interesse unter den Tagungsteilnehmern stießen. Während Workshop 1 zum Thema "Asiatisch-europäische Beziehungen: Bausteine für eine Global Governance" auf ein großes Interesse stieß, konnte Workshop 2 zum Thema "European Studies in Asia – Asian Studies in Europe" nur wenige Interessenten finden.

In Workshop 1, der von Prof. Dr. Jürgen Rüländ und Prof. Dr. Cornelia Storz (Universität Marburg) moderiert wurde, sollten politikwissenschaftliche und wirtschaftswissenschaftliche Sichtweisen gegenübergestellt werden. Dr. des. Sebastian Bersick (Freie Universität Berlin) eröffnete den Workshop mit dem Vortrag "Multipolarität gestalten. Chancen und Risiken interregionaler Politik". Hierin stellte er die Gefahren vor allem aus der Sichtweise der realistischen Theorie dar, nach welcher der Wille der Beteiligten, die Supermacht USA auszubalancieren, ins Licht gerückt wird. Dabei steht die interregionale Kooperation für Vermeidung oder gar Überwindung des US-Hegemonialismus. Chancen würden dahingegen durch die Brille der institutionalistischen Theorie deutlich, die interregionale Kooperation als eine Möglichkeit des Interdependenzmanagements betrachtet. Gemeinsame Interessen würden dabei normative Verhaltensmuster im ASEM-Regime schaffen.

Howard Loewen (Universität Münster) erweiterte in seinem Korreferat die Einordnung der Funktionen von ASEM um die konstruktivistische Perspektive, in dem ASEM als eine Kooperation zur Bildung einer interregionalen Identität erscheint. Zwar schiene die Leistungsbilanz ASEM eher negativ, wobei hier besonders die informelle Arbeitsweise und die unterschiedlichen Kooperationskulturen ein Hin-

dernis darstellten, jedoch sei der Stellenwert der Bearbeitung ökonomischer Interdependenzen, Divergenzen im Bereich Menschenrechte und Demokratie in einem informellen Dialog nicht zu unterschätzen.

Dr. Doris Fischer (Universität Duisburg) definierte in ihrem Beitrag über "Intra- und interregionale Wirtschaftskooperation und Global Economic Governance" zunächst den Begriff der Global Economic Governance als globale Regeln, Normen und Organisationen, die ökonomisches Verhalten steuern und somit transparent machen. Fischer problematisierte allerdings die multiple Regionalität von institutioneller Integration, institutioneller Kooperation und realwirtschaftlicher Kooperation durch einen "Rational-Choice-Ansatz". Die Vielzahl der transnationalen Projekte stelle die Regierungen demgemäß vor die Wahl, welche und wie viele realisiert werden sollen. Der realisierte Nettonutzen ergebe sich aus den Bruttonutzen und den Kosten (v.a. Verhandlungskosten). So gebe es für jede Regierung mit einer bestimmten Anzahl von Projekten einen optimalen Nutzen. Die Vorteile regionaler und interregionaler Kooperation liegen dabei in geringeren Verhandlungskosten, dem leichter zu erreichenden Konsens, Nachteile entstehen aber besonders durch den Mangel an Transparenz und die Insider-Outsider-Problematik.

Dr. Klaus-Jochen Kecker (Ruhr-Universität Bochum) legte in seinem Korreferat den Schwerpunkt auf die realwirtschaftliche Integration und das Gewicht der USA. Während nämlich alle EU-Staaten mehr als 50% ihres Exporthandels untereinander treiben, gehören die USA in Ost- und Südostasien meist zu den wichtigsten Handelspartnern. Kecker schloss daraus, dass eine Koordination der Global Economic Governance ohne die USA kaum machbar sei.

Im Workshop 2, der von Prof. Dr. Dietmar Rothermund (Universität Heidelberg) moderiert wurde, stand die Frage nach der Zukunft der Asienwissenschaften in Deutschland und Europa im Vordergrund. In seiner Einleitung hob Rothermund den Prozess des Wandels und der Neustrukturierung hervor, der sich zurzeit in den asienkundlichen Fächern vollzieht. Er unterstrich in diesem Zusammenhang die Notwendigkeit für eine grundlegende curriculare Neuorientierung und stellte die unter den Anwesenden kontrovers diskutierte These auf, dass sich die Universitäten und mit ihnen die Asienwissenschaften in der Zukunft als "department stores" begreifen müssten, aus deren Fächersortiment sich die Studierenden dann je nach Bedarf bedienen können sollten. In welcher schwierigen Situation sich die "Asienwissenschaften" in Europa befinden, machten die beiden Vorträge des Nachmittags deutlich.

Prof. Dr. Franz Knipping (Wuppertal) machte in seinem Vortrag unter dem Titel "European Studies in Asia" auf ein Grundproblem aufmerksam, mit dem sich der Wissenschaftsstandort Europa in Hinblick auf Asien konfrontiert sieht: seinem Schattendasein. Knipping stellte das Projekt eines postgraduierten, interdisziplinären Aufbaustudiengangs "European Studies" an der königlichen Chulalongkorn Universität (<http://www.chula.ac.th>) in Bangkok, Thailand vor, welches von der EU finanziert zwischen 1992 und 1999 aufgebaut wurde. Ziel des Projekts sei gewesen, in den zur Verfügung stehenden sieben Jahren selbsttragende Strukturen zu etablieren und Europa auf diese Weise zu einer festen Größe innerhalb der Chulalongkorn Universität und über ihre Grenzen hinaus zu machen – ein Ziel, dass nach Knippings

Meinung erreicht wurde, auch wenn man sich weiterhin mit zahlreichen Problemen konfrontiert sähe. So habe man feststellen müssen, dass das Interesse Europas an (Südost-)Asien wesentlich größer ist als umgekehrt. So reduziere sich Europa nicht nur in der Wahrnehmung der Thai, sondern im gesamten südostasiatischen Raum meist auf Großbritannien, sodass auch das gesamte Projekt stets Gefahr gelaufen sei, zu einem britisch-thailändischen Programm zu werden. Grund hierfür sei vor allem das sich in Kontinentaleuropa stellende "Sprachproblem". Das geringe Interesse an Europa sei zudem dadurch zum Ausdruck gekommen, dass man immer nur die zweitbesten Studierenden der Chulalongkorn Universität habe erreichen können. Die besten Studentinnen und Studenten hätten stets die von den USA finanzierten bzw. an diese gebundenen Programme in Anspruch genommen, wobei hierfür die wesentlich besser dotierten Stipendien sowie die im Hinblick auf die USA einfacheren Sprachanforderungen als primäre Ursachen angesehen werden.

Als wichtigen Schritt in Richtung einer Verbesserung dieser Situation wurde in der nachfolgenden Diskussion unter anderem die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums bis 2010 herausgestellt. Neben der Stipendien- und Sprachenfrage sei es vor allem das uneinheitliche europäische Hochschulsystem mit seinen in Asien zum Teil unbekanntem Abschlüssen, wie z.B. dem deutschen Diplom, das Studierende von Europa fern halten würde.

In diesem Sinne argumentierte auch Dr. Horst-Joachim Leue (Fachhochschule Ludwigshafen), der in seinem Vortrag unter dem Titel "Asian Studies in Europe" das große Potenzial praxisorientierter Ostasiestudiengänge herausstellte. Er tat dies exemplarisch am Beispiel des achtsemestrigen Diplomstudiengangs "Marketing in Ostasien" der Fachhochschule Ludwigshafen (<http://www.oai.de>), der im Rahmen der erwähnten europäischen Hochschulreformen noch in diesem Jahr in einen B.B.A. (Bachelor of Business Administration) und M.B.A. (Master of Business Administration) übergeführt werden soll. Die starke Anwendungsorientierung des seit 1988 bestehenden Diplomstudiengangs, zu welchem obligatorisch und je nach Schwerpunktwahl ein bis zu 18-monatiger Auslandsaufenthalt in China oder Japan gehört, habe sich in der Praxis mehr als bewährt. Sowohl das Interesse seitens der Studierenden als auch von Seiten der Wirtschaft sei außerordentlich groß. Von der Mehrzahl der Anwesenden wurde die Konzeption des Ludwigshafener Studiengangs als beispielhaft für eine notwendige praxisorientierte Ausrichtung der Asienwissenschaften in Deutschland bewertet.

Letztendlich machten die beiden Vorträge sowie die sich anschließenden Diskussionen deutlich, dass der europäische Wissenschaftsraum und mit ihm die Asienwissenschaften in Deutschland vor großen Herausforderungen stehen. So scheint ein kausaler Zusammenhang zwischen dem "Schattendasein" der deutschen Asienwissenschaften auf der einen Seite und der geringen Wahrnehmung Europas in Asien auf der anderen Seite zu bestehen. Der Aufbau europäischer Studiengänge in Asien, die Vereinheitlichung des europäischen Hochschulraums bis 2010 sowie die stärkere Praxisorientierung der asienwissenschaftlichen Studiengänge können vor diesem Hintergrund nur Beispiele für notwendige Veränderungen sein. Weitere gemeinsame Anstrengungen sind daher notwendig.

Insgesamt erwies sich die wissenschaftliche Tagung der DGA im Jahr 2003 als ebenso ambitioniert wie erfolgreich. Das gelungene Zusammenführen von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft schuf einen Ort intensiven Austauschs, der nicht zu Unrecht das, wenn auch strapazierte, Wort des "Think Tanks" provozierte. Die Tatsache, dass in diesem Jahr zudem gleich mehrere attraktive wie angenehme Gastgeber, Sponsoren und Tagungsorte gefunden werden konnten, hatte einen wesentlichen Anteil am Erfolg der rundum gelungenen Tagung.

Claudia Fritsche, Marco Gerbig

## **The Present Crisis on the Korean Peninsula**

Trier, 25.6.2003

Since the US labelled North Korea as part of the "axis of evil", the International Relations scientific community has returned to focussing on its foreign policy. Its strategy of escalation is widely perceived as a source of instability and confronts decision makers around the globe with the problem of how to deal with the Pyongyang regime. The DPRK's violation of numerous international agreements it has formally entered, and its disputes with the US over its proliferation of missile technology made it evident that North Korea's foreign policy has taken steps which are perceived by many as unacceptable to the international community and indicates that "someone" must finally do "something". Unfortunately, however, reliable information about what is really going on within the Pyongyang regime is as rare as useful suggestions are as to what should be done in order to resolve the crisis.

In order to discuss these questions, a workshop, organised by the Department of International Relations of Trier University, was held at the European Academy of Law, Trier, on 25<sup>th</sup> June, 2003. With the benefit of first hand information provided by four participants from KINU (Korea Institute of National Unification), together with experts from European and German think tanks, the Korean Embassy in Berlin, the German Ministry of Foreign Affairs and Political Scientists from Trier University, the conference sought to shed light on the complex situation on the Korean Peninsula within the framework of three sessions: the first attempted to explain tendencies in the domestic Korean situation and inter-Korean relations, the second widened the focus to include outside actors such as the US by discussing the DPRK's nuclear weapons development, while the topic of the third session was the European role and its influence on the Korean Peninsula.

The opening presentation held by Dr Park from KINU commenced by stating that South Korea, whether under Kim Dae Jung's or Roh Mu Hyun's presidency, has found itself in a quandary: they had to meet US expectations and demands, sometimes against better knowledge, given their more complex understanding of the situation. Specifically, both presidents were put under pressure by Washington over their political strategies vis-a-vis Pyongyang. By connecting nuclear issues with the enormous economic and social gap between North and South as well as with questions of humanitarian aid and refugee integration, South Korea, while largely sharing the US' threat perception, differs in its assessment of policy options towards the North. In the end, however, the new President Roh Mu Hyun disappointed most of